

Wahlordnung der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld

Die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld hat in ihrer Sitzung am 2. Juni 2025 gemäß § 4 Abs. 2 Ziffer 2 in Verbindung mit § 5 Abs. 4 des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 18. Dezember 1956 (BGBl. I S. 920), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern vom 7. August 2021 (BGBl. I – S. 3306), folgende Wahlordnung beschlossen:

§ 1 Wahlmodus und Nachfolgewahl

- (1) Die IHK-Zugehörigen wählen nach den folgenden Bestimmungen für die Dauer von 4 Jahren bis zu 80 Mitglieder der Vollversammlung.
- (2) 72 Mitglieder der Vollversammlung werden in allgemeiner, geheimer und freier Wahl von den IHK-Zugehörigen unmittelbar gewählt.
- (3) Werden bei der unmittelbaren Wahl nicht alle Sitze gem. § 6 Abs. 1 besetzt, werden die unbesetzten Sitze in mittelbarer Wahl gem. § 22 besetzt.
- (4) Bis zu 8 Mitglieder können in mittelbarer Wahl gemäß § 22 von den unmittelbar gewählten Vollversammlungsmitgliedern gewählt werden, die insoweit als Wahlpersonen handeln (Zuwahl). Die Zuwahl dient dazu, die Spiegelbildlichkeit der Vollversammlung zu verbessern. Hierbei sind die wirtschaftlichen Besonderheiten des IHK-Bezirks und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Gewerbegruppen zu berücksichtigen. Der Antrag auf Durchführung einer Zuwahl ist entsprechend zu begründen.
- (5) Scheidet ein unmittelbar gewähltes Mitglied der Vollversammlung vor Ablauf der Wahlperiode aus, so wird die Vollversammlung den freigewordenen Sitz im Wege der mittelbaren Wahl gem. § 22 durch die unmittelbar gewählten Vollversammlungsmitglieder besetzen. Das gewählte Nachfolgemitglied muss der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk angehören, für welche das ausgeschiedene Mitglied gewählt wurde. Die Regelungen in § 6 Abs. 2 und 3 sind zu beachten. Die Namen der ausgeschiedenen und der nachfolgenden Mitglieder sind gemäß § 23 Abs. 1 bekannt zu machen.
- (6) Falls der Anteil der insgesamt in mittelbarer Wahl gewählten Mitglieder der Vollversammlung – einschließlich der nach Absatz 4 hinzugewählten – 20 v. H. der zulässigen Höchstzahl aller Sitze erreicht, ist die mittelbare Wahl weiterer Vollversammlungsmitglieder ausgeschlossen. In diesem Fall soll die Vollversammlung die Durchführung einer unmittelbaren Nachfolgewahl beschließen. Diese erfolgt für die restliche Amtsperiode des ausgeschiedenen Mitglieds. Sie wird entsprechend den Vorschriften dieser Wahlordnung als Briefwahl durchgeführt. Das gewählte Nachfolgemitglied muss der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk angehören, für welche das ausgeschiedene Mitglied gewählt wurde. Sollte der Rest der laufenden Wahlperiode den Aufwand

einer unmittelbaren Nachfolgewahl nicht rechtfertigen, so kann die Vollversammlung von einer solchen Wahl absehen.

§ 2 Wahlberechtigung

- (1) Wahlberechtigt sind die IHK-Zugehörigen.
- (2) Jeder IHK-Zugehörige kann sein Wahlrecht nur einmal ausüben.
- (3) Das Wahlrecht ruht bei IHK-Zugehörigen, solange ihnen von einem Gericht das Recht in öffentlichen Angelegenheiten zu wählen oder zu stimmen, rechtskräftig aberkannt ist.

§ 3 Wählbarkeit

- (1) Wählbar sind natürliche Personen, die spätestens am letzten Tag der Wahlfrist volljährig sind, das IHK-Wahlrecht auszuüben berechtigt sind und entweder selbst IHK-Zugehörige sind oder allein oder zusammen mit anderen zur gesetzlichen Vertretung einer IHK-zugehörigen juristischen Person, Handelsgesellschaft oder nicht rechtsfähigen Personenmehrheit befugt sind. Wählbar sind auch die in das Handelsregister eingetragenen Prokuristen und besonders bestellte Bevollmächtigte von IHK-Zugehörigen im Sinne von § 5 Abs. 2 IHKG. Besonders bestellte Bevollmächtigte sind Personen, die, ohne im Handelsregister eingetragen zu sein, im Unternehmen des IHK-Zugehörigen eine der eigenverantwortlichen Tätigkeit des Unternehmers vergleichbare selbständige Stellung einnehmen und dies durch eine entsprechende Vollmacht nachweisen. Nicht wählbar ist, wer die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden und Rechte aus öffentlichen Wahlen zu erlangen, nicht besitzt.
- (2) Für jedes IHK-zugehörige Unternehmen kann sich nur eine Kandidatin oder ein Kandidat zur Wahl stellen. Ist das IHK-zugehörige Unternehmen bereits durch ein Mitglied in der Vollversammlung vertreten, kann eine weitere zur Vertretung berechtigte Person weder nachrücken noch mittelbar oder unmittelbar gewählt werden.
- (3) Ist eine natürliche Person in verschiedenen Wahlgruppen (bzw. Wahlbezirken) wählbar, kann sie nur einmal kandidieren.

§ 4 Dauer und Beendigung der Mitgliedschaft

- (1) Die Amtszeit der Mitglieder der Vollversammlung beginnt mit der konstituierenden Sitzung und endet mit der konstituierenden Sitzung einer neu gewählten Vollversammlung. Die Wahlfrist muss innerhalb der letzten drei Monate vor Ablauf von 4 Jahren seit der letzten konstituierenden Sitzung enden. Die konstituierende Sitzung findet innerhalb von 3 Monaten nach Bekanntmachung der Wahlergebnisse statt.
- (2) Die Mitgliedschaft in der Vollversammlung endet vor Ablauf der in Absatz 1 vorgesehenen Amtszeit
 1. durch Tod,
 2. durch Amtsniederlegung,

3. mit der Feststellung, dass bei dem Mitglied die Voraussetzungen der Wählbarkeit nach § 3 Abs. 1
 - a) im Zeitpunkt der Wahl nicht vorhanden waren oder
 - b) zum Zeitpunkt der Feststellung nicht mehr vorliegen, oder
4. die Wahl gem. § 21 für ungültig erklärt wird.

Die Feststellung nach Nummer 3 hat die Vollversammlung auf Antrag zu beschließen. Der Präsident/die Präsidentin hat den Antrag unverzüglich ab Kenntnis der IHK zu stellen.

- (3) Die Mitgliedschaft in der Vollversammlung wird nicht berührt durch den Wechsel in eine andere Wahlgruppe oder einen anderen Wahlbezirk. Abweichend von § 3 Abs. 2 bleibt die Mitgliedschaft gleichfalls unberührt, soweit Mitglieder der Vollversammlung nach Beginn ihrer Mitgliedschaft durch Unternehmensfusion,-zusammenschluss oder -wechsel ihre Wählbarkeit vom selben IHK-Zugehörigen ableiten.
- (4) Die Gültigkeit von Beschlüssen und Wahlen wird nicht davon berührt, dass die Voraussetzungen der Wählbarkeit bei mitwirkenden Mitgliedern der Vollversammlung nicht vorlagen oder zu einem späteren Zeitpunkt entfallen sind. Gleiches gilt, wenn die Wahl einzelner Mitglieder der Vollversammlung oder der Vollversammlung insgesamt für unwirksam erklärt wird.

§ 5 Wahlgruppen

- (1) Die IHK-Zugehörigen werden gemäß § 5 Abs. 4 IHKG zum Zwecke der Wahl unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Besonderheiten des IHK-Bezirks sowie der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung der Gewerbegruppen in Wahlgruppen und Wahlbezirke eingeteilt.
- (2) Es werden folgende Wahlgruppen gebildet:

Wahlgruppe I	Industrie
Wahlgruppe II	Großhandel
Wahlgruppe III	Handelsvertreter, Finanzanlagen- und Versicherungsvermittler
Wahlgruppe IV	Einzelhandel
Wahlgruppe V	Hotel- und Gastgewerbe
Wahlgruppe VI	Finanzwirtschaft
Wahlgruppe VII	Verkehr und Logistik
Wahlgruppe VIII	Beratungs-, IT- und Werbeunternehmen
Wahlgruppe IX	Grundstücks- und Wohnungswirtschaft
Wahlgruppe X	Energiewirtschaft
Wahlgruppe XI	Holding-, Beteiligungsgesellschaften sowie sonstige Dienstleistungen

- (3) Für die Wahlgruppen I, IV und XI werden folgende Wahlbezirke gebildet:
 - a) Stadt Bielefeld
 - b) Kreis Gütersloh
 - c) Kreis Herford
 - d) Kreis Höxter
 - e) Kreis Minden-Lübbecke

f) Kreis Paderborn

- (4) Der Wahlbezirk für die übrigen Wahlgruppen umfasst den gesamten IHK-Bezirk.
- (5) Für die Zugehörigkeit zu einem der Wahlbezirke ist der Ort der gewerblichen Niederlassung maßgebend.

§ 6 Zusammensetzung der Vollversammlung

- (1) Die Zuordnung der Sitze auf die Wahlgruppen und Wahlbezirke richtet sich insbesondere nach dem Gewerbeertrag/Gewinn aus Gewerbebetrieb, der Beschäftigtenzahl und der Zahl der ihnen zurechnenden IHK-Zugehörigen. Die IHK-Zugehörigen wählen in unmittelbarer Wahl in ihrer Wahlgruppe und ihrem Wahlbezirk jeweils die folgende Anzahl von Mitgliedern der Vollversammlung:

Wahlbezirke	Wahlgruppen											Gesamt	
	I	II	III	IV	V	VI	VII	VIII	IX	X	XI		
Stadt Bielefeld	2			2							4		8
Kreis Gütersloh	7			2							4		13
Kreis Herford	3			1							2		6
Kreis Höxter	1			1							1		3
Kreis Minden-Lübbecke	3			2							3		8
Kreis Paderborn	2			2							3		7
ges. IHK-Bezirk		7	2		2	3	3	5	3	2			27
Gesamt	18	7	2	10	2	3	3	5	3	2	17		72

- (2) Von den in der Wahlgruppe VI zu wählenden Mitgliedern muss je 1 Mitglied dem privaten Bankgewerbe, den Genossenschaftsbanken und den Sparkassen angehören.
- (3) Von den in der Wahlgruppe XI zu vergebenden Sitzen muss in den Wahlbezirken Stadt Bielefeld, Kreis Gütersloh, Kreis Minden-Lübbecke und Kreis Paderborn mindestens jeweils ein Sitz

auf ein Unternehmen der Branchen „sonstige Dienstleistungen“ entfallen, das nicht mehr als 10 Beschäftigte hat. Das aktive Wahlrecht bleibt von dieser Regelung unberührt.

- (4) Die unmittelbar gewählten Vollversammlungsmitglieder können gemäß § 1 Abs. 4 jeweils die folgende Anzahl von Mitgliedern der Vollversammlung hinzuwählen:
- Wahlgruppe III - Handelsvertreter, Finanzanlagen- und Versicherungsvermittler: bis zu 1 Mitglied
 - Wahlgruppe IV - Einzelhandel: bis zu 1 Mitglied
 - Wahlgruppe VII - Verkehr und Logistik: bis zu 1 Mitglied
 - Wahlgruppe VIII - Beratungs-, IT- und Werbeunternehmen: bis zu 1 Mitglied
 - Wahlgruppe X - Energiewirtschaft: bis zu 1 Mitglied
 - Wahlgruppe XI - Holding-, Beteiligungsgesellschaften sowie sonstige Dienstleistungen: bis zu 3 Mitglieder

§ 7 Wahlleiter/Wahlleiterin, Wahlfrist

- (1) Die Vollversammlung wählt zur Vorbereitung und Durchführung jeder unmittelbaren Wahl einen Wahlleiter/eine Wahlleiterin und einen Stellvertreter/ eine Stellvertreterin. Der Wahlleiter kann durch die Hauptgeschäftsführung benannte Personen als Wahlhelfende bestimmen und sich bei der Wahrnehmung seiner/ihrer Tätigkeit deren Unterstützung bedienen. Der Wahlleiter/die Wahlleiterin kann einzelne Aufgaben auf die Wahlhelfenden übertragen.
- (2) Der Wahlleiter/die Wahlleiterin bestimmt den Zeitpunkt, an welchem die Stimmen in der IHK vorliegen oder auf dem Wahlserver gespeichert sein müssen (Ende der Wahlfrist).

§ 8 Wählerlisten

- (1) Nach den Vorgaben des Wahlleiters/der Wahlleiterin stellt die IHK zur Vorbereitung der Wahl getrennt nach Wahlgruppen und Wahlbezirken Listen der Wahlberechtigten auf (Wählerlisten). Die Wählerlisten können auch in Dateiform erstellt werden. Sie enthalten Angaben zu Name, Firma, Anschrift, Wahlgruppe, Wahlbezirk, Identnummer und Wirtschaftszweig der Wahlberechtigten.
- (2) Die IHK geht bei der Aufstellung der Wählerlisten von den der IHK vorliegenden Unterlagen aus und weist danach die Wahlberechtigten den einzelnen Wahlgruppen und Wahlbezirken zu. Wahlberechtigte, die mehreren Wahlgruppen oder Wahlbezirken angehören, werden vom Wahlleiter einer Wahlgruppe bzw. einem Wahlbezirk zugeordnet. Wahlberechtigte, die ausschließlich als persönlich haftende Gesellschafter eines anderen Wahlberechtigten tätig sind, sind auf Antrag der Wahlgruppe dieses anderen Wahlberechtigten zuzuordnen.
- (3) Die Wählerlisten können für die Dauer von 14 Tagen durch die Wahlberechtigten oder ihre Bevollmächtigten in der Hauptgeschäftsstelle und den Zweigstellen der IHK eingesehen werden. Die Einsichtnahme beschränkt sich auf die jeweilige Wahlgruppe und den Wahlbezirk.
- (4) Anträge auf Aufnahme in eine Wahlgruppe bzw. einen Wahlbezirk oder auf Zuordnung zu einer anderen Wahlgruppe oder einen anderen Wahlbezirk sowie Einsprüche gegen die Zuordnung zu einer Wahlgruppe bzw. einen Wahlbezirk können bis eine Woche nach Ablauf der in Absatz 3

genannten Frist eingereicht werden. Diese sind schriftlich einzureichen, wobei auch eine Übermittlung per Fax zulässig ist. Zulässig ist ebenfalls die Übermittlung eines eingescannten Dokuments per E-Mail. Der Wahlleiter entscheidet über Einsprüche und Anträge, er kann auch von Amts wegen Änderungen vornehmen. Anschließend stellt er die Ordnungsmäßigkeit der Wählerlisten fest.

- (5) Wählen kann nur, wer in den festgestellten Wählerlisten eingetragen ist oder bis einen Tag vor Ablauf der Wahlfrist (§ 7 Abs. 2) nachweist, dass das Wahlrecht erst nach Ablauf der Frist nach Abs. 4 entstanden ist.
- (6) Die IHK ist berechtigt, an Kandidierende zum Zweck der Wahlwerbung Name, Firma, Anschrift, Emailadresse und Wirtschaftszweig über Wahlberechtigte aus deren jeweiliger Wahlgruppe zu übermitteln. Die Kandidierenden haben sich dazu schriftlich zu verpflichten, die übermittelten Daten ausschließlich für Wahlzwecke zu nutzen und sie spätestens nach der Wahl unverzüglich zu löschen bzw. zu vernichten.
- (7) Soweit personenbezogene Daten in den Wählerlisten enthalten sind, bestehen nicht
 1. das Recht auf Auskunft gemäß Artikel 15 Absatz 1 Buchstabe c der der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1; L 314 vom 22.11.2016, 72),
 2. die Mitteilungspflicht gemäß Artikel 19 Satz 2 der Verordnung (EU) 2016/679 und
 3. das Recht auf Widerspruch gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung (EU) 2016/679.Das Recht auf Erhalt einer Kopie nach Artikel 15 Absatz 3 der Verordnung (EU) 2016/679 wird dadurch erfüllt, dass die betroffene Person Einsicht in die Wählerlisten gemäß Absatz 3 nehmen kann. Die Einsicht ist auch über die Frist in Absatz 3 hinaus zulässig.

§ 9 Bekanntmachungen des Wahlleiters/der Wahlleiterin betreffend Wahlfrist, Einsichtnahme in die Wählerlisten, Einspruchsfrist und Wahlvorschläge

- (1) Der Wahlleiter/die Wahlleiterin macht das Ende der Wahlfrist (§ 7 Abs. 2) sowie Zeit und Ort für die Einsichtnahme der Wählerlisten mit dem Hinweis auf die in § 8 Abs. 4 genannten Möglichkeiten der Einreichung von Anträgen und Einsprüchen einschließlich der dafür vorgesehenen Fristen bekannt.
- (2) Der Wahlleiter/die Wahlleiterin fordert in der Bekanntmachung die Wahlberechtigten auf, binnen vier Wochen nach Ablauf der in § 8 Abs. 4 genannten Frist für ihre Wahlgruppe Wahlvorschläge bei ihm/ihr einzureichen. Er/sie weist darauf hin, wie viele Mitglieder in jeder Wahlgruppe und jedem Wahlbezirk zu wählen sind.

§ 10 Wahlvorschläge, Kandidierendenliste

- (1) Die wahlberechtigten IHK-Zugehörigen können für ihre Wahlgruppe und ihren Wahlbezirk Wahlvorschläge einreichen. Diese sind schriftlich einzureichen, wobei auch eine Übermittlung per Fax oder eines eingescannten Dokuments per E-Mail zulässig ist. Bewerbende können nur für die Wahlgruppe und den Wahlbezirk vorgeschlagen werden, in der sie selbst bzw. die IHK-

Zugehörigen, von denen ihre Wählbarkeit abgeleitet wird, gemäß § 8 Abs. 5 wählen können. Jeder Bewerber/jede Bewerberin darf nur in einer Wahlgruppe und einem Wahlbezirk aufgestellt werden. Für ein IHK-zugehöriges Unternehmen darf nur jeweils ein Bewerber/eine Bewerberin vorgeschlagen werden.

- (2) Die Wahlvorschläge sind mit Familiennamen, Vornamen, Geburtsdatum, Funktion im Unternehmen, Bezeichnung des IHK-zugehörigen Unternehmens und dessen Anschrift aufzuführen. Außerdem ist eine Erklärung jedes Bewerbenden beizufügen, dass er/sie zur Annahme der Wahl bereit ist und dass ihm/ihr keine Tatsachen bekannt sind, die eine Wählbarkeit nach dieser Wahlordnung ausschließen.
- (3) Der Wahlvorschlag bedarf keiner zusätzlichen Unterstützung (Selbstvorschlag).
- (4) Der Wahlleiter/die Wahlleiterin prüft die Wahlvorschläge. Er/sie kann Authentizitätsnachweise verlangen. Zur Prüfung der Wahlvorschläge, insbesondere der Wählbarkeit von Bewerbenden, kann der Wahlleiter/die Wahlleiterin weitere Angaben verlangen. Er/sie fordert Bewerber unter Fristsetzung auf, Mängel zu beseitigen, soweit es sich nicht um in Absatz 5 genannte Mängel handelt. Besteht ein Wahlvorschlag aus mehreren Bewerbenden, so ergeht die Aufforderung an jeden Bewerbenden, auf den sich die Mängel beziehen. Soweit die Mängel nicht fristgerecht beseitigt werden, wird der betreffende Bewerbende nicht in die Kandidatenliste aufgenommen.
- (5) Bei folgenden Mängeln der Wahlvorschläge wird keine Frist zur Mängelbeseitigung gesetzt:
 - a) Die Einreichungsfrist wurde nicht eingehalten.
 - b) Das Formerfordernis nach Absatz 1 Satz 2 wurde nicht eingehalten.
 - c) Der Bewerber/die Bewerberin ist nicht wählbar.
 - d) Der Bewerber/die Bewerberin ist nicht identifizierbar.
 - e) Die Zustimmungserklärung des Bewerbenden gemäß Absatz 2 fehlt.
- (6) Der Wahlleiter/die Wahlleiterin fasst die gültigen Wahlvorschläge je Wahlgruppe und Wahlbezirk zu einer Kandidierendenliste zusammen. Die Bewerbenden werden in der Kandidierendenliste in der alphabetischen Reihenfolge ihrer ersten Familiennamen aufgeführt, bei Namensgleichheit entscheidet der Vorname. Bei vollständiger Namensgleichheit legt der Wahlleiter/die Wahlleiterin die Reihenfolge durch Losentscheid fest.
- (7) Jede Kandidierendenliste soll mindestens einen Kandidierenden mehr enthalten, als in der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk zu wählen sind. Geht für eine Wahlgruppe bzw. einen Wahlbezirk kein gültiger Wahlvorschlag ein oder reicht die Zahl der Wahlvorschläge nicht aus, um die Bedingung des Satzes 1 für eine Kandidierendenliste zu erfüllen, so setzt der Wahlleiter/die Wahlleiterin den Wahlberechtigten dieser Wahlgruppe bzw. dieses Wahlbezirks eine angemessene Nachfrist und wiederholt die Aufforderung nach § 9 Abs. 2 beschränkt auf diese Wahlgruppe und diesen Wahlbezirk. Bei fruchtlosem Ablauf dieser Nachfrist findet eine auf die gültigen Wahlvorschläge beschränkte Wahl statt.
- (8) Der Wahlleiter/die Wahlleiterin macht die gültigen Kandidierendenlisten mit folgenden Angaben bekannt: Familienname, Vorname, Funktion im Unternehmen und Bezeichnung des IHK-zugehörigen Unternehmens. Ergänzende Angaben kann der Wahlleiter/die Wahlleiterin beschließen. Hierauf ist in der Wahlbekanntmachung hinzuweisen. Im Falle von Absatz 7 Satz 2 werden Nachfrist und Aufforderung zur Einreichung weiterer Wahlvorschläge von dem Wahlleiter/der Wahlleiterin ebenfalls bekannt gemacht.

- (9) Das Widerspruchsrecht gemäß Artikel 21 der Verordnung (EU) 2016/679 findet in Bezug auf die in der Kandidatenliste enthaltenen personenbezogenen Daten keine Anwendung.

§ 11 Durchführung der Wahl

Die Wahl findet kombiniert elektronisch (elektronische Wahl) und schriftlich (Briefwahl) statt. Es zählt die zuerst in die Wahlurne (elektronische oder Briefwahlurne) eingehende Stimme. Eine danach eingehende Stimme wird zurückgewiesen.

§ 12 Wahlunterlagen

- (1) Die IHK versendet an alle Wahlberechtigten die Wahlunterlagen, bestehend aus den Zugangsdaten zum Wahlportal für die elektronische Wahl und den Unterlagen für die Briefwahl. Sie sind als vertrauliche Wahlunterlagen zu kennzeichnen.
- (2) Zur Durchführung der elektronischen Wahl werden den Wahlberechtigten Zugangsdaten (Login-Kennung, Passwort und URL zum Wahlportal) sowie Informationen zur Durchführung der Wahl und der Nutzung des Wahlportals übermittelt.
- (3) Für die Briefwahl werden den Wahlberechtigten folgende Unterlagen übermittelt:
 - a) einen Vordruck für den Nachweis der Berechtigung zur Ausübung des Wahlrechts (Wahlschein)
 - b) einen Stimmzettel
 - c) einen neutralen Umschlag mit der Bezeichnung „IHK-Wahl“ (Stimmzettelumschlag)
 - d) einen Umschlag für die Rücksendung der Wahlunterlagen (Rücksendeumschlag)
- (4) Die Wahlunterlagen enthalten den Hinweis, dass die Stimmabgabe durch die Wahlausübungsberechtigten persönlich und unbeobachtet sowie nur einmal – entweder in der elektronischen Form oder per Briefwahl – erfolgen darf.

§ 13 Stimmabgabe bei elektronischer Wahl

- (1) Das Wahlportal ermöglicht die Stimmabgabe mittels Aufruf eines elektronischen Stimmzettels. Die Stimmabgabe erfolgt in elektronischer Form nach vorheriger Anmeldung und Authentifizierung der wahlberechtigten Person am Wahlportal. Die Authentifizierung für den elektronischen Zugang zum Stimmzettel erfolgt in einem einstufigen Verfahren. Mittels der Zugangsdaten erhält die durch diese authentifizierte wahlberechtigte Person auf einer von der IHK mitzuteilenden Internetadresse (Wahlportal) den Zugang zum elektronischen Stimmzettel.
- (2) Die wahlberechtigte Person ist über geeignete Sicherheitsmaßnahmen zu informieren, mit denen das für die Wahlhandlung genutzte Endgerät gegen Eingriffe Dritter nach dem aktuellen Stand der Technik geschützt wird und damit ihre Stimme nicht durch Angriffe von außen, insbesondere mittels Viren und „Trojanern“, manipuliert oder ausgespäht werden kann. Auf kostenfreie Bezugsquellen geeigneter Software ist vorab hinzuweisen. Die Kenntnisnahme der Sicherheitshinweise ist durch die wahlausübungsberechtigte Person vor Beginn der Anmeldung und Authentifizierung in elektronischer Form zu bestätigen.

- (3) Die elektronische Wahl erfolgt durch Kennzeichnung der zu wählenden Kandidierenden auf dem elektronischen Stimmzettel im Wahlportal. Der elektronische Stimmzettel enthält die Kandidierendenliste für die Wahlgruppe und den Wahlbezirk sowie einen Hinweis auf die Anzahl der in der Wahlgruppe bzw. dem Wahlbezirk zu wählenden Kandidierenden. Die Reihenfolge der Kandidierenden ergibt sich aus der Kandidierendenliste (§ 10 Abs. 6). Die wahlausübungsberechtigte Person darf höchstens so viele Kandidierende kennzeichnen, wie in der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk zu wählen sind. Er kann für jeden Kandidierenden jeweils nur einmal stimmen.
- (4) Bei der elektronischen Stimmabgabe gilt die Wahlausübungsberechtigung als gegeben, wenn die Stimmabgabe unter Verwendung der der wahlberechtigten Person mitgeteilten Login-Kennung und des entsprechenden Passworts geschieht und bei Stimmabgabe auf Abfrage bestätigt wird, dass Login und Passwort berechtigt genutzt werden. Durch das verwendete elektronische Wahlsystem ist sicherzustellen, dass das Stimmrecht nicht mehrfach ausgeübt werden kann.
- (5) Der elektronische Stimmzettel ist entsprechend der im Wahlportal enthaltenen Anleitung elektronisch auszufüllen und abzusenden.
- (6) Die wahlausübungsberechtigte Person muss bis zur endgültigen Stimmabgabe die Möglichkeit haben, ihre Eingabe zu korrigieren oder die Wahl abubrechen. Ein Absenden der Stimme ist erst auf der Grundlage einer elektronischen Bestätigung durch die wahlausübungsberechtigte Person zu ermöglichen. Die Übermittlung muss am Bildschirm erkennbar sein. Mit dem Hinweis über die erfolgreiche Stimmabgabe gilt diese als vollzogen.
- (7) Vor der Bestätigung für das Absenden der Stimme ist die wahlausübungsberechtigte Person darauf hinzuweisen, wenn sie keinen oder weniger Kandidierende gekennzeichnet hat, als in ihrer Wahlgruppe und ihrem Wahlbezirk zu wählen sind. Die Stimmabgabe für mehr Kandidierende, als in der Wahlgruppe und im Wahlbezirk zu wählen sind, ist technisch auszuschließen.
- (8) Der Wahlleiter/die Wahlleiterin überzeugt sich davon, dass die verwendete EDV-Anwendung geeignet ist, die Durchführung und Überwachung der elektronischen Wahl sicherzustellen. Dazu können vom Wahlleiter konkrete Vorgaben festgelegt werden.

§ 14 Technische Bedingungen an die elektronische Wahl

- (1) Das verwendete elektronische Wahlsystem muss sicherstellen, dass eine elektronische Stimmabgabe ausgeschlossen ist, wenn von diesem Wahlberechtigten bereits eine Stimme elektronisch oder per Briefwahl erfasst wurde.
- (2) Auf den Inhalt der Stimmabgabe hat die IHK keinen Zugriff. Bei der Stimmeingabe darf es durch das verwendete elektronische Wahlsystem zu keiner Speicherung der Stimme der wahlausübungsberechtigten Person in dem von ihm hierzu verwendeten Endgerät kommen. Es ist zu gewährleisten, dass unbemerkte Veränderungen der Stimmeingabe durch Dritte ausgeschlossen sind. Auf dem Bildschirm muss der Stimmzettel nach Absenden der Stimmeingabe unverzüglich ausgeblendet werden. Das verwendete elektronische Wahlsystem darf die Möglichkeit für einen Papiausdruck der abgegebenen Stimme nach der endgültigen Stimmabgabe nicht zulassen.

- (3) Die Speicherung der Stimmabgabe in der elektronischen Wahlurne muss anonymisiert und nach einem nicht nachvollziehbaren Zufallsprinzip erfolgen. Nach der Stimmeingabe ist der Zugang zum Wahlsystem zu sperren. Die Anmeldung am Wahlsystem, die Auswahl und Abgabe der Stimme sowie persönliche Informationen und IP-Adressen der Wahlausübungsberechtigten dürfen nicht protokolliert werden. Eine kurzfristige Speicherung ist nur dann und nur solange zulässig, wie dies zur Abwehr von Massenmailangriffen notwendig ist. Die IHK kann lediglich überprüfen, ob eine wahlberechtigte Person elektronisch gewählt hat, um eine doppelte Stimmabgabe auszuschließen.
- (4) Zur Wahrung des Wahlgeheimnisses müssen elektronische Wahlurne und elektronische Wählerliste auf verschiedener Serverhardware geführt werden oder eine vergleichbare technische Lösung muss sicherstellen, dass elektronische Wahlurne und elektronische Wählerliste getrennt sind. Die Server müssen in Deutschland stehen.
- (5) Die Wahlserver müssen vor Angriffen aus dem Netz geschützt sein, insbesondere dürfen nur autorisierte Zugriffe zugelassen werden. Autorisierte Zugriffe sind insbesondere die Überprüfung der Stimmberechtigung, die Speicherung der Stimmabgabe zugelassener Wahlberechtigter, die Registrierung der Stimmabgabe und die Überprüfung auf mehrfache Ausübung des Stimmrechtes (Wahl Daten).
- (6) Die Einzelheiten kann der Wahlleiter/die Wahlleiterin festlegen.

§ 15 Technische Anforderungen an die elektronische Wahl

- (1) Elektronische Wahlen dürfen nur dann durchgeführt werden, wenn das verwendete elektronische Wahlsystem dem jeweiligen Stand der Technik entspricht. Die Anforderungen aus dem Common Criteria Schutzprofil für Basissatz von Sicherheitsanforderungen an Online- Wahlprodukte (BSI-CC-PP-0037) des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik sind zu erfüllen, soweit in dieser Wahlordnung nicht ausdrücklich Abweichendes geregelt ist. Alternativen zur IuK-technischen Umsetzung sind zulässig, sofern die Schutzziele in mindestens gleicher Weise erreicht werden. Das System muss die in den nachfolgenden Absätzen aufgeführten technischen Spezifikationen besitzen. Die Erfüllung der technischen Anforderungen ist durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.
- (2) Beginn und Beendigung der elektronischen Wahl erfolgt durch den Wahlleiter/ die Wahlleiterin autorisiert.
- (3) Es wird durch geeignete technische Maßnahmen gewährleistet, dass im Falle des Ausfalles oder der Störung eines Servers oder eines Serverbereiches keine Stimmen unwiederbringlich verloren gehen können.
- (4) Das Übertragungsverfahren der Wahl Daten ist so zu gestalten, dass sie vor Ausspä- oder Entschlüsselungsversuchen geschützt sind. Die Übertragungswege zur Überprüfung der Stimmberechtigung des Wahlausübungsberechtigten sowie zur Registrierung der Stimmabgabe in der Wählerliste und die Stimmabgabe in die elektronische Wahlurne müssen so getrennt sein, dass zu keiner Zeit eine Zuordnung des Inhalts der Wahlentscheidung zum Wahlberechtigten möglich ist.

- (5) Die Datenübermittlung muss verschlüsselt erfolgen, um unbemerkte Veränderungen der Wahl-
daten zu verhindern. Bei der Übertragung und Verarbeitung der Wahl-
daten ist zu gewährleisten, dass bei der Registrierung der Stimmabgabe in der Wählerliste kein Zugriff auf den Inhalt
der Stimmabgabe möglich ist.

§ 16 Störungen der elektronischen Wahl

- (1) Werden hinsichtlich der elektronischen Wahl Störungen bekannt, etwa bezüglich der Erreich-
barkeit von Wahlportal und Wahlservern, die ohne Gefahr eines vorzeitigen Bekanntwerdens
oder Löschens der bereits abgegebenen Stimmen behoben werden können, und ist eine mögli-
che Stimmenmanipulation ausgeschlossen, soll der Wahlleiter/ die Wahlleiterin diese Störun-
gen beheben oder beheben lassen und die elektronische Wahl fortsetzen.
- (2) Können die in Absatz 1 benannten Gefahren oder eine mögliche Stimmenmanipulation zunächst
nicht ausgeschlossen werden oder liegen andere gewichtige Gründe vor, ist die elektronische
Wahl, gegebenenfalls auch unter Beschränkung auf einzelne Wahlgruppen oder Wahlbezirke,
ohne Auszählung der Stimmen zur abschließenden Prüfung zunächst zu unterbrechen. Können
nach Prüfung die in Satz 1 benannten Sachverhalte ausgeschlossen werden, kann der Wahllei-
ter/die Wahlleiterin nach Behebung der zur Wahlunterbrechung führenden Störung die unter-
brochene elektronische Wahl fortsetzen, sofern dies in Anbetracht der Gesamtumstände sach-
dienlich erscheint, um den betroffenen Wählern ausreichende Gelegenheit zur Stimmabgabe
einzuräumen. Anderenfalls wird die elektronische Wahl abgebrochen, die Wahlberechtigten
sind auf die Möglichkeit der Briefwahl zu verweisen.
- (3) In den Fällen der Absätze 1 und 2 hat der Wahlleiter/die Wahlleiterin auch über eine Verlänge-
rung der Wahlfrist zu entscheiden. Die Verlängerung muss unter Berücksichtigung des Zeit-
raums für ihre Bekanntmachung und der Art und Dauer der zugrundeliegenden Störung im
Wahlablauf geeignet sein, den betroffenen Wahlausübungsberechtigten ausreichende Gele-
genheit zur Stimmabgabe einzuräumen. Sie kann auf die elektronische Wahl sowie auf ein-
zelne Wahlgruppen oder Wahlbezirke beschränkt werden.
- (4) Störungen im Sinne der Absätze 1 und 2, deren Dauer und die von dem Wahlleiter/der Wahllei-
terin getroffenen Maßnahmen sowie die diesen zugrundeliegenden Erwägungen sind in der
Niederschrift zur Wahl zu vermerken. Die von dem Wahlleiter/der Wahlleiterin aufgrund von
Störungen beschlossenen Maßnahmen sowie Wahlabbrüche oder Verlängerungen der Wahlfrist
sind bekanntzumachen.

§ 17 Stimmabgabe bei Briefwahl

- (1) Die Briefwahl erfolgt durch Stimmzettel, welche für die Wahlgruppe bzw. den Wahlbezirk die
Kandidierendenliste sowie einen Hinweis auf die Anzahl der in der Wahlgruppe bzw. dem
Wahlbezirk zu wählenden Kandidierenden enthalten. Die Reihenfolge der Kandidierenden
ergibt sich aus der Kandidierendenliste (§ 10 Abs. 6).

- (2) Zur Wahlausübung berechtigt ist der/die IHK-Zugehörige selbst oder eine Person, die zur Wahlausübung bevollmächtigt ist und dazu die Wahlunterlagen des/der Wahlberechtigten erhalten hat.
- (3) Die wahlausübungsberechtigte Person darf höchstens so viele Kandidierenden kennzeichnen, wie in der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk zu wählen sind. Die von ihm/ihr gewählten Kandidierenden kennzeichnet er/sie dadurch, dass er/sie jeweils das Feld vor deren Namen auf dem Stimmzettel ankreuzt. Er/sie kann für jeden Kandidierenden jeweils nur einmal stimmen.
- (4) Die wahlausübungsberechtigte Person hat den von ihm/ihr gemäß Absatz 3 gekennzeichneten Stimmzettel in den Stimmzettelumschlag zu legen und diesen zu verschließen. Anschließend ist der verschlossene Stimmzettelumschlag und der unterzeichnete Wahlschein im Rücksendeumschlag so rechtzeitig an die IHK zurückzusenden, dass die Unterlagen spätestens zum von dem Wahlleiter/der Wahlleiterin für die Ausübung des Wahlrechts festgelegten Zeitpunkt in der IHK vorliegen (§ 7 Abs. 2).
- (5) Die rechtzeitig bei der IHK eingegangenen Stimmzettelumschläge werden nach Feststellung der Wahlberechtigung unverzüglich ungeöffnet in die Wahlurne gelegt. Stellt die IHK bei Prüfung der Wahlberechtigung fest, dass bereits eine elektronische Stimmabgabe oder eine Stimmabgabe per Briefwahl erfolgt ist, so ist der eingegangene Stimmzettelumschlag von einer Teilnahme an der Wahl ausgeschlossen. Liegt noch keine Stimmabgabe vor, so wird die Möglichkeit zur elektronischen Stimmabgabe durch die IHK gesperrt.

§ 18 Stimmauszählung

- (1) Die Auszählung der Stimmen ist öffentlich.
- (2) Am Tag der Stimmauszählung veranlasst der Wahlleiter/die Wahlleiterin die Auszählung der elektronisch und der per Briefwahl abgegebenen Stimmen. Die Ergebnisse der elektronischen Wahl und der Briefwahl werden jeweils gesondert festgestellt und von dem Wahlleiter/der Wahlleiterin unterzeichnet.
- (3) Das Wahlsystem zählt die elektronisch abgegebenen Stimmen aus und berechnet das Teilergebnis der elektronischen Wahl.
- (4) Für die Administration der Wahlserver und insbesondere für die Auszählung und Archivierung der elektronischen Wahl ist die Autorisierung durch den Wahlleiter/die Wahlleiterin notwendig.
- (5) Für die elektronische Wahl stehen technische Möglichkeiten zur Verfügung, die den Auszählungsprozess für jeden Wahlberechtigten reproduzierbar machen können. Der Wahlleiter/die Wahlleiterin gewährt auf Antrag bei berechtigtem Interesse die Möglichkeit, anhand der von der elektronischen Wahlurne erzeugten Datei die Ordnungsmäßigkeit der Auszählung zu prüfen.
- (6) Auf der Grundlage der Teilergebnisse der elektronischen Wahl und der Briefwahl stellt der Wahlleiter/die Wahlleiterin das Gesamtergebnis der Wahl fest und unterzeichnet es.

§ 19 Gültigkeit der Stimmen

- (1) Über die Gültigkeit der abgegebenen Stimmen und über alle bei der Wahlhandlung und bei der Ermittlung des Wahlergebnisses sich ergebenden Fragen entscheidet der Wahlleiter/die Wahlleiterin.
- (2) Ungültig sind insbesondere Stimmzettel
 - a) die Zusätze, Streichungen oder Vorbehalte aufweisen,
 - b) die die Absicht des Wählenden nicht klar erkennen lassen,
 - c) in denen mehr Kandidierende angekreuzt sind, als in der Wahlgruppe und dem Wahlbezirk zu wählen sind,
 - d) die weder in einem verschlossenen Stimmzettelumschlag noch einem verschlossenen Rücksendeumschlag eingehen.Mehrere in einem Stimmzettelumschlag enthaltene Stimmzettel gelten als nur ein Stimmzettel, wenn ihre Kennzeichnung gleichlautend oder nur einer von ihnen gekennzeichnet ist; andernfalls sind sie sämtlich ungültig.
- (3) Rücksendeumschläge, die lediglich den Stimmzettelumschlag, nicht jedoch den Wahlschein enthalten, werden zurückgewiesen. Das gilt auch, falls der Wahlschein im Stimmzettelumschlag versendet wurde oder nicht ausreichend ausgefüllt ist. Kein Zurückweisungsgrund ist die Rücksendung der Wahlunterlagen in einem anderen Umschlag als dem Rücksendeumschlag.

§ 20 Wahlergebnis

- (1) Gewählt sind in den einzelnen Wahlgruppen und Wahlbezirken diejenigen Kandidierenden, welche die meisten Stimmen erhalten haben. Für die Ermittlung des Wahlergebnisses in Wahlgruppe VI ist das Verfahren in § 6 Abs. 2 zu beachten. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los, welches der Wahlleiter/die Wahlleiterin zieht.
- (2) Unverzüglich nach Abschluss der Wahl stellt der Wahlleiter/die Wahlleiterin das Wahlergebnis fest, fertigt über die Ermittlung des Wahlergebnisses eine Niederschrift an und macht die Namen der gewählten Kandidierenden bekannt. Über die Veröffentlichung weiterer Informationen zum Wahlergebnis entscheidet die Vollversammlung. Sollen weitere Informationen veröffentlicht werden, ist darüber rechtzeitig in einer Wahlbekanntmachung zu informieren.

§ 21 Wahlprüfung

- (1) Einsprüche gegen die Feststellung des Wahlergebnisses müssen innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Wahlergebnisses schriftlich bei dem Wahlleiter/der Wahlleiterin eingegangen sein. Der Einspruch ist auf die Wahl innerhalb der Wahlgruppe und des Wahlbezirks der wahlberechtigten Person beschränkt.
- (2) Einsprüche gegen die Feststellung des Wahlergebnisses sind zu begründen. Sie können nur auf einen Verstoß gegen wesentliche Wahlvorschriften gestützt werden, durch die das Wahlergebnis beeinflusst werden kann. Gründe können nur bis zur Entscheidung der Vollversammlung

über den Einspruch vorgetragen werden. Im Wahlprüfungsverfahren einschließlich eines gerichtlichen Verfahrens werden nur bis zu diesem Zeitpunkt vorgetragene Gründe berücksichtigt.

- (3) Über Einsprüche gegen die Feststellung des Wahlergebnisses entscheidet die Vollversammlung nach Anhörung des Wahlleiters/der Wahlleiterin. Gegen diese Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage erhoben werden.

§ 22 Verfahren der mittelbaren Wahl

- (1) Die durch die unmittelbar gewählten Vollversammlungsmitglieder (Wahlpersonen) in mittelbarer Wahl zu wählenden Mitglieder der Vollversammlung müssen aus der Mitte der Vollversammlung oder dem Präsidium, für die Zuwahl mit schriftlicher Begründung nach § 1 Abs. 4, mindestens drei Wochen vor der nächsten Vollversammlung vorgeschlagen werden; § 10 Abs. 2 gilt entsprechend. Vollständig und fristgerecht eingereichte Vorschläge werden mit der Einladung zur Sitzung der Vollversammlung versandt.
- (2) Die Wahl kann frühestens in der auf die konstituierende Sitzung folgenden Sitzung der Vollversammlung erfolgen.
- (3) Die Zuwahl nach § 1 Abs. 4 Satz 1 setzt einen vorherigen Beschluss der Vollversammlung voraus, dass die Voraussetzungen von § 1 Abs. 4 Satz 2 vorliegen. Dieser Beschluss muss auch die Anzahl der zu besetzenden Sitze beinhalten.
- (4) Die mittelbare Wahl wird für jeden Sitz schriftlich und geheim durchgeführt. Der Stimmzettel enthält für jeden Kandidierenden die Optionen „ja“, „nein“ und „Enthaltung“. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen erhält. Erhält bei mehreren Kandidierenden kein Kandidierender die erforderliche Mehrheit, findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidierenden mit den meisten Stimmen statt. Stimmenthaltungen gelten als nicht abgegeben. Die mittelbare Wahl erfolgt für die Dauer der laufenden Wahlperiode.
- (5) Die mittelbar gewählten Mitglieder sind gem. § 23 bekanntzumachen.
- (6) Für die Wahlprüfung gelten die Regelungen von § 21 entsprechend mit der Maßgabe, dass anstelle des Wahlleiters/der Wahlleiterin das Präsidium tritt. Einspruchsberechtigt für die mittelbare Wahl ist, wer in der betreffenden Wahlgruppe und gegebenenfalls dem betreffenden Wahlbezirk wählbar ist.

§ 23 Bekanntmachung

- (1) Die in der Wahlordnung vorgesehenen Bekanntmachungen erfolgen auf der Website der IHK Ostwestfalen zu Bielefeld (www.ostwestfalen.ihk.de).
- (2) Alle Wahlunterlagen sind mindestens ein Jahr, gerechnet ab Ablauf der Einspruchsfrist, aufzubewahren. Anschließend sind Wahlscheine, Stimmzettel, Umschläge, Wählerlisten zu vernichten bzw. zu löschen. Die übrigen Wahlunterlagen sind, sofern nichts Anderes bestimmt ist, bis zum Ende der übernächsten Wahlperiode aufzubewahren. Für die Daten der elektronischen

Wahl gilt dies entsprechend.

- (3) Fristen der Wahlordnung sind, soweit nicht in der Wahlordnung etwas Anderes geregelt ist, nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs zu berechnen.

§ 24 Inkrafttreten

- (1) Diese Wahlordnung tritt am Tage nach ihrer Veröffentlichung in der „Ostwestfälischen Wirtschaft“ in Kraft. Zugleich tritt die Wahlordnung vom 07. Juni 2021 außer Kraft.
- (2) Ein Wahlleiter/eine Wahlleiterin, der/die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Wahlordnung bereits gewählt worden ist, bleibt im Amt. Er/sie führt die Wahl auf der Grundlage dieser Wahlordnung durch. Beschlüsse, die der Wahlleiter/die Wahlleiterin bis zu diesem Zeitpunkt gefasst hat, bleiben wirksam, soweit sie durch diese Wahlordnung gedeckt sind.

Bielefeld, 02.06.2025

Jörn Wahl-Schwentker
Präsident

Petra Pigerl-Radtke
Hauptgeschäftsführerin

Genehmigt durch Minister/Ministerium _____

mit Schreiben vom Az.:

Ort Datum

i. A.
gez.

Die vorstehende Wahlordnung wird hiermit ausgefertigt und im Mitteilungsblatt "Ostwestfälische Wirtschaft" veröffentlicht.

Bielefeld, Datum

Industrie- und Handelskammer Ostwestfalen zu Bielefeld

Jörn Wahl-Schwentker
Präsident

Petra Pigerl-Radtke
Hauptgeschäftsführerin